Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen Werktags bis 8–½9 Uhr Morgens, Sonntags v. 8–½9 u. 11–1 Uhr Mittags. Zu Verhalt: für Abonnenten nur an Wochentagen bis 12 Uhr Mittags.
Die 1spaltige Petitzeile kostet 15 Pfg., für Abonnenten oder noch Abonnenten 20 Pfg. Unter Einsendungen (Mitgetheilt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Titelseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Baarzahlung.
Ankündigungen werden durchaus nur für Rechnung verantwortlich, für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Papierausstattung Schulartikel etc. Grosshandlung von Buchbinderwaaren
Papierhandlung G. H. Rehfeld & Sohn
Engros & Versandt Dresden-N. Hauptstr. 24.
Karten zu allen Gelegenheiten Pathenbriefe etc. etc.

Photographische Apparate für Amateure
Preisliste gratis und franco
Carl Plaul, Dresden, Wallstrasse 25.

Gesangbücher,
anerkannt grösste Auswahl in Dresden bei
Max Köhler (Schütze Nachf.),
5 Grosse Meissnerstrasse 5.

Oelfarben in Tuben für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Confirmanden-Anzugs-Stoffe,
solide, elegante Waare, Meter 5 Mk., 6 Mk., 7 Mk. und 8 Mk., empfiehlt in unübertroffener Auswahl
C. H. Hesse.
Marienstrasse 20 („Drei Raben").

Nr. 50. Spiegel: Caprivi und die Conservativen. Hofnachrichten. Aufruf für Zante. Fleischschauamt. Gerichtsverhandlungen. „Die bezähmte Widerspenstige", Matkowsky's Gastspiel, Klecberg-Concert, Männergesangvereins-Concert. | **Sonntag, 19. Februar.**

Politisches.

Die landwirthschaftliche Debatte in den Parlamenten ist beschlossen worden mit einer Rede des Kanzlers. Wenn die Nachricht, daß der erste Beamte des Reiches sich in allernächster Zeit die Fesseln der Ehe auferlegen lassen will, auf Wahrheit beruht, so ist es verständlich, daß seine Rede gewisse pathetische Töne aufwies, die mit dem rein sachlichen Thema nicht recht harmonisch zusammenklangen. Die Situation, in der sich der Kanzler der konservativen Opposition gegenüber befindet, mochte ja durchaus nicht angenehm sein, auch der Jubel, der unentwegt aus den Reihen des Freisinns ihm entgegenscholl, mochte eher unheimlich als ermuthigend auf ihn wirken; was Wunder, wenn er die Gelegenheit benützte, seiner eigenen Regierungsthätigkeit ein begeistertes Loblied zu singen. Und als er damit zu Ende kam, da ertönte wieder lebhafter Beifall — links.

Graf Caprivi gab zu, daß die Bewegung, welche jetzt durch das Land geht, tief und ernst sei, er gab auch zu, daß es so scheine, als wolle man ihn stürzen. Aber er sei doch an all den Dingen gar nicht schuld. Er habe schon vor einem Jahre gesagt, daß seine Regierung einen großen Werth auf die Erhaltung der Landwirthschaft legt, wie komme es nur, daß die Zweifel immer noch nicht aufhörten? Ja, er sei noch weiter gegangen, er habe auch den Werth, den die Erhaltung derjenigen Familien, die Landwirthschaft treiben, besitze, betont und den sittlichen Werth des Heimathsgefühls gerühmt. Trotzdem finde der Angriff kein Ende. Man wird die Antwort hierauf nicht schwer finden, konservative Abgeordnete, wie die Grafen Limburg und Mirbach haben sie mit aller Deutlichkeit gegeben, und sie lautet: Worte, eitel Worte haben wir gehört, aber wir haben keine Thaten gesehen. Und mit einer beißenden Ironie konnte ein Redner der Rechten darauf hinweisen, daß der einzige Minister, der ihre Interessen vertreten, der nationalliberale Parteimann Miquel sei. Graf Caprivi hat dann auch verlangt zu erfahren, welche positiven Maßregeln er denn ergreifen solle. Abgesehen davon, daß die Regierung doch eben dazu da ist, sich diese Frage selbst zu beantworten, muß darauf hingewiesen werden, daß der Kanzler von vornherein jeden Vorschlag abgelehnt hat, indem er die herrschende Nothlage als das Produkt „unversieller" Verhältnisse und als die Folge unabwendbarer „Naturgesetze" hingestellt hat. Dort, wo das blinde Fatum als maßgebend hingestellt wird, wo der Weisheit letzter Schluß in den Worten Jochen Nüßler's gipfelt: „Dat is All so, as dat Ledder is" und „Wat soll Einer dorbi dauhn" — da hört die Diskussion schließlich auf und es beginnt jene Aktion, die Herr Ruprecht-Mansern eingeleitet hat, die Graf Kanitz und Graf Mirbach aufgenommen haben. Die Politik des alten Curses, die Politik des nationalen Schutzes hatte Wehr an Wehr gebaut; indem der neue Curs sie niederriß, indem er Schlag auf Schlag führte zur Freude des internationalen Händlerthums, hat er den wichtigsten Stand schwer, ja so schwer geschädigt, daß Graf Mirbach erklärte: „Die Vertreter der Landwirthschaft wissen weder mehr ein noch aus." Man schaue sich nur um in Pommern und Preußen und anderswo, wer jetzt auf den alten Besitzungen erbangesessener, adeliger Familien oder ferniger Bauerngeschlechter haust!

Graf Caprivi ist von der Vertheidigung seiner wirthschaftlichen Politik übergegangen zu einer Darstellung seiner politischen Weltanschauung. Er sprach es als Fundamentalsatz aus: „Ich glaube ein durch und durch konservativer Mensch zu sein. Es fragt sich, was man unter „konservativ" versteht. Conservativ sein ist nach meiner Meinung der Ausfluß aus einer Welt- und Lebensanschauung. Wenn man von der Ansicht ausgeht, daß die Welt nach einem gewissen Plane geführt wird und das historisch Gewordene eine praktische Berechtigung auf Dasein hat, die ihm nur dann genommen werden darf, wenn zwingende Gründe ihre Aenderung erheischen, wenn man annimmt, daß für uns Deutsche ein christlich-monarchischer Staat nothwendig ist — wenn das konservativ sein heißt, so bin ich konservativ". Es ist nicht ganz leicht, in diesem Satze sich zurechtzufinden; aber zugegeben werden muß, daß das, was etwa gemeint sein dürfte, nicht konservativ ist und daß daher auch der Herr Reichskanzler nicht konservativ ist. Schon das ist schwierig zu verstehen, wie ein „Sein", ein Conservativsein, ein Ausfluß, also etwas Bewegliches sein kann. Aber das mag noch hingehen. Doch direkt gefährlich ist es, den Conservatismus dahin auszulegen, daß alles historisch Gewordene berechtigt sei. Das bedeutet ja auch die Anerkennung der Revolution! Denn auch das Auftreten der Robespierre und Cromwell ist ein historisch Gewordenes und nun conservativ wäre es demnach gewesen, wenn einst unsere Väter gegen den großen Revolutionär Napoleon ankämpften. Der Conservatismus des Grafen Caprivi ist der Conservatismus des Grafen von der Schulenburg-Kehnert, der am 17. Okt. 1806 nach der Schlacht von Jena sein Heldenthum zusammenfaßte in die Worte: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht". Und was heißt es, daß das nach dem „Weltplan historisch Gewordene seine praktische Berechtigung auf Dasein nur dann verliert, wenn zwingende Gründe eine Aenderung erheischen?" Liegen denn diese Gründe außerhalb des Weltplans? Der Gott des Evangeliums hat uns nicht in die Welt gesetzt zu leiden und zu dulden, sondern zu wirken und zu schaffen: Gott hilft nicht Dem, der mit den Zähnen klappert, wenn draußen der Sturmwind braust, und Sprüchlein murmelt; er hilft nur Dem, der sich selber hilft. So lehrt uns deutsches Christenthum. Die Zeiten von Hegel, wo alles Seiende vernünftig war, sind vorüber: müßte denn sonst nicht Graf Caprivi den ihm so ärgerlichen Antisemitismus auch als berechtigt anerkennen? Müßte er nicht nach einem Siege der Sozialdemokratie in Ruhe Kanzler des neugeborenen Zukunftsstaates werden? Nein Conservativ sein heißt etwas Anderes, es heißt genau das, was ein Größerer sagte, als Graf Caprivi: „Quieta non movere", es heißt, daß man an dem Bestehenden nicht zerren soll und reißen, sondern es langsam und wohlüberlegt fortentwickeln soll mit ruhigem Geiste und ruhigen Herzens; es heißt aber auch, daß man dort, wo Unkraut wuchert, nicht sämmtlich mit ihm umgehe, sondern die Hacke ergreife und es ausrotte mit starker Hand. Conservativ in diesem Sinne, im Sinne nicht des Duldens, sondern der That, ist der Deutsche im Grunde seines Wesens, ist er vor Allem, weil in ihm die tiefe Liebe zum Boden, zum Acker wurzelt und dieser Conservatismus wird nur darum mehr und mehr zerstört, weil unter der Herrschaft des römischen Rechtes das Recht auf die Erdscholle dahingeschwunden ist. Das Kapital, das Geld, das über die Grenzen rollt, ist liberal; der Grundbesitz ist konservativ. Und Graf Caprivi fährt weiter fort: Ich muß gestehen, daß ich nicht Agrarier (Freund der Landwirthschaft) bin. Ich besitze kein Ar, keinen Strohhalm. Es ist gesagt worden (Bismarck!), eigentlich müßten alle Minister Landwirthe sein. Ich kann dieser Anforderung nicht genügen." Nun, es wäre sicherlich gut, wenn der Kanzler im Nebenamte Landwirth wäre, und nicht nur General. Manches, ach sogar Vieles wäre anders geworden und besser. Aus der Scholle steigt eine andere Lebendweisheit auf, als aus dem Tintenfaß auf dem grünen Tisch. Fürst Bismarck hat das wohl empfunden, und am 15. Januar 1885 rief er dem Reichstage zu: „Retten Sie die Landwirthschaft vor Dürftigkeit; erhalten Sie den Landwirthen und der großen Masse des Grundbesitzes die Kauffähigkeit, von der allein die übrigen Arbeiter leben, und Sie werden die ganze Industrie und die Arbeiter dadurch unterstützen. Thun Sie das Gegentheil, so kämen Sie dahin, durch Verarmung der Landwirthschaft die Industrie zu schädigen. Und darunter leidet zuerst der industrielle Arbeiter, weil ihm die Henne, die ihm die Eier legt, stirbt oder ausgeschlachtet wird". So hat Bismarck nicht nur gesprochen, sondern von solchen Grundsätzen aus — echt konservativ — gehandelt. Und heute frucht er sich nicht, wie sein Nachfolger, darauf zu berufen, was er gesagt, sondern darauf, was er gethan hat.

Und wieder hat Graf Caprivi sich gegen den Antisemitismus ausgesprochen. Die Bewegung überschreite schon die Grenzen, die mit dem Staatswohl vereinbar sind. Nun, ist diese Bewegung so mächtig, wie sie hier anerkannt wird, so ist es doch gerade die Pflicht der Regierung, dieselbe in Bahnen zu lenken, die dem Staate förderlich sind, so ist es ihre Pflicht, zu prüfen, was davon berechtigt ist und zu heilen, wo wirkliche Wunden sich zeigen. Und was geschieht? Nichts. Und doch ist die antisemitische Bewegung, wie sie so zum guten Theil auch von den Conservativen aufgenommen wurde, durch und durch monarchisch und christlich, ja sie bildet vielleicht den einzigen Damm gegen die schweren Gefahren, die der Monarchie und dem Christenthum drohen. Eine „feste Regierung", so meint der Kanzler, „sei die einzige Gewähr dafür, daß Deutschland gesunde. Er werde nicht gehen, weil ein Wechsel der Person eine neue Erschütterung bedeute. Schon die Volksweisheit erzählt, daß ein Ende mit Schrecken besser sei, als ein Schrecken ohne Ende. Unser deutsches Volk ist innerlich so stark, daß es sogar den Verlust unseres Bismarck ertragen konnte.

Li—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Februar.

Berlin. Der Reichstag setzte die Berathung des Etats des Innern fort. — Abg. Kunert (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß der Etat für gemeinnützige Zwecke so ganz außerordentlich dürftig ausgefallen sei. — Auf Anregung Bamberger's sagt Staatssekretär v. Bötticher ausführliches Material über die Benutzung der subventionirten Dampferlinien zu. — Abg. Dr. Barth (freis.) fragt, ob seitens der Berufsgenossenschaften ausreichendes Material beigebracht sei, um einen Anhalt für die spätere Höhe des Reichszuschusses zur Invaliditäts- und Altersversicherung zu bieten. Er fürchte, der Zuschuß werde später viel höher ausfallen, wie veranschlagt. Das Gesetz sei nichts weniger als populär, wie die dagegen eingegangenen Petitionen bewiesen. — Staatssekretär v. Bötticher erwidert: Bei der Altersrente werde sich ein Mehr, bei der Invaliditätsrente ein Weniger an Zuschuß ergeben; allerdings dürfte es eine Anzahl Invaliditätsrentenberechtigter geben, die keine Kenntniß von ihrem Anspruch hätten, auch mache die Feststellung des Grades der Invalidität vielfach Schwierigkeiten. An eine Aufhebung des Gesetzes sei nicht zu denken, eine solche wäre ohne Rechtsspruch nicht möglich. — Abg. v. Schalscha (Centr.): Eine Abänderung sei ohne Rechtsspruch möglich, zumal wenn beide Parteien zustimmten. Man solle die Versicherung fakultativ machen. — Abg. Bebel (Soz.) weist den Gedanken an eine Aufhebung des Gesetzes zurück; auf Abänderungen werde man später zurückkommen. Die Invaliditätserklärung werde auf mancherlei Weise erschwert. Die meisten Beschwerden richteten sich gegen die Geringfügigkeit der Leistungen der Versicherungen. Redner fragt, ob generelle Anweisungen über die Anlegung des Geldes der Versicherungsanstalten ergangen sind. Mit der Verwendung des Geldes zur Errichtung von Arbeiterwohnungen könne er sich nicht einverstanden erklären; solche Wohlfahrtseinrichtungen dienten nur dazu, die Arbeiter in größere Abhängigkeit zu bringen. Bei der Ausführung des Gesetzes seien vielfach Härten vorgekommen. Von einem Rentenempfänger, dem die Rente durch höhere Instanz abgesprochen wurde, sei sie unbarmherzig durch Exekution wieder eingetrieben worden. Es komme vor, daß den Altersrentenempfängern der Rentenbetrag von ihrem Lohne gekürzt werde. Unhaltbar sei, daß man einem Arbeiter Versicherungsbeiträge abnehme, der nie Rente bekommen könnte, weil er nur im Sommer in einem versicherungspflichtigen Betriebe arbeite, im Winter dagegen als Hausarbeiter nicht versicherungspflichtig sei. — Staatssekretär v. Bötticher: Generelle Vorschriften bezüglich der Anlage des Vermögens der Versicherungsanstalten zu treffen, liege außerhalb seiner Befugniß, hier seien nur die Landescentralbehörden competent. Ueber die Versicherung der Hausarbeiter seien die Erfahrungen bei den Tabakarbeitern abzuwarten. Die Annahme sei irrig, daß einer, der nur ein halbes Jahr in einem versicherungspflichtigen Betrieb beschäftigt ist, keine Rente erlangen könnte. Wünschenswerth sei, daß die Behörde von selbst einen Arbeiter auf seine Rentenberechtigung aufmerksam mache, wenn er keine Kenntniß davon habe. — Abg. Fischer (nat.-lib.) wünscht Ausdehnung des Gesetzes auf die Kleinbauern und auf die kleinstädtischen Gewerbetreibenden wenigstens soweit, daß denselben eine fakultative Versicherung gewährt werde. — Abg. Graf v. Behr (Reichsp.): Das Gesetz habe im Ganzen wohlthätig gewirkt; an eine Aufhebung desselben sei nicht zu denken, wohl aber bedürfe es mehrfacher Verbesserungen. — Abg. Dr. Barth (freis.) hält eine Aufhebung des Gesetzes für das Richtigste, für welchen Fall allerdings ein Uebergangsstadium zu schaffen wäre, um die eingegangenen Verpflichtungen zu lösen. — Staatssekretär v. Bötticher antwortet auf eine Anfrage des Vorredners, daß die Zahl der Rentenempfänger am 1. Januar d. J. 17,000 betrug. Ohne Entschädigung an die durch das Gesetz nun einmal Anspruchberechtigten könne das Gesetz nicht aufgehoben werden; diese Entschädigung würde aber das Reich mehr belasten, als wie es jetzt der Fall. Wenn über die Wirkungen des Gesetzes erst längere Erfahrungen vorliegen, werde wohl auch Dr. Barth anders darüber denken. — Abg. Frhr. v. Vietten (Centr.): Wenn bei jeder Gelegenheit Unzufriedenheit über das Gesetz kundgegeben werde, werde man dessen Einbürgerung nur erschweren. Man möge wenigstens positive Verbesserungsvorschläge machen. Mit einer Revision des Gesetzes sei er einverstanden. — Abg. Schrader (freis.): Wenn das Gesetz heute zur Abstimmung stünde, so käme es sicher nicht zu Stande. Zu einer Abänderung des Gesetzes bedürfe es des statistischen Materials; inzwischen solle man mit der Ausdehnung des Gesetzes jedenfalls vorsichtig sein. — Abg. Möller (nat.-lib.): Die Aufhebung des Gesetzes sei ausgeschlossen, es könne sich nur um Abänderungen handeln. Für die nur periodisch Beschäftigten sollten besondere Bestimmungen getroffen werden. Die Beiträge sollten auch in Deutschland, mehr als bisher, durch die Krankenkassen oder die Communen eingezogen werden, wie dies in Süddeutschland geschähe. Die Hergabe von Geld bei pupillarischer Sicherheit an Gesellschaften für gemeinnützige Zwecke, auch zum Bau von Arbeiterwohnungen, halte er für angebracht. — Abg. Roesicke (nat.-lib.) tritt vom Standpunkte des Arbeitgebers für das Gesetz ein, das auf das Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber günstig eingewirkt habe. Geklagt werde nur über die niedrigen Renten; aber hier werde man nie volle Befriedigung schaffen. — Abg. Bebel (Soz.): Sozialistisch sei der Gedanke des Gesetzes schon deshalb nicht, weil der Arbeitgeber immer bestrebt sein werde, den Beitrag für den Arbeiter auch an dessen Lohn anzurechnen. Das Gesetz stehe ganz auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. — Abg. Frhr. von Unruhe-Bomst (Reichsp.) erklärt, daß die Arbeiter die ihnen durch das Gesetz auferlegten schweren Lasten im Interesse der Besserung der sozialen Verhältnisse gern tragen. Auch in den Kreisen der Arbeiter gewinne das Gesetz immer mehr Freunde. Die Forderungen des allgemeinen Fonds werden angenommen. — Weiterberathung Dienstag, außerdem egyptischer Handelsvertrag.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Kultusetats fort. — Abg. Stöcker (kons.) vertheidigt die von ihm in einer früheren Sitzung angeführten historischen Citate gegen die Juden den Vertretern der Judenschutztruppe gegenüber. Stöcker forderte weiter größere Freiheit für die evangelische Kirche durch Erweiterung der Zuständigkeit der Synoden. — Kultusminister Dr. Bosse verlangte präcise Formulirung der Wünsche der Generalsynode, um dieselbe prüfen zu können. — Abg. Rickert polemisirte gegen die Talmud-Uebersetzungen und Auslegungen von Eckert u. Roling und führte diesen gegenüber das Zeugniß Prof. Strack's von der Berliner Universität an. Er verlangte eine beschleunigte Durchsicht der jüdischen Religionsschriften, aber auch eine solche des Juden-Spiegels. — Der Kultusminister Bosse erwiederte, daß ihm der Juden-Spiegel gar nichts angehe. — Abg. Dauzenberg (Centr.) verlangt die Beseitigung der Kulturkampfrechte und exemplifizirte auf das gute Verhältniß der Katholiken im Königreiche Sachsen. — Der Kultusminister forderte Vorschläge für die weiteren Maßnahme zu Gunsten der katholischen Kirche, meinte aber, in Sachsen sei doch die Handhabung des Ordensgesetzes auch keine sehr milde. Auch die übrigen Debatten bestanden aus Klagen des Centrums, zumeist über die Ausführung des Ordensgesetzes. Zwischen den Abg. Frhr. v. Wackerbarth und Meyer (dfr.) kam es zu einer kleinen Kontroverse über die jüdischen Richter. — Fortsetzung Montag.

Berlin. Der Kaiser ist heute Abend nach Berlin zurückgekehrt. — Die Notiz eines hiesigen Blattes, daß der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, von Plötz, gestern bei Bismarck in Friedrichsruh geweilt habe, ist aus der Luft gegriffen. — Die Reichstagskommission für die lex Heinze lehnte heute die Bestimmungen der Vorlage, welche die Bestimmungen über den Ausschluß der Oeffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen verschärfte, ab. — Der Verein der Spiritusfabrikanten Deutschlands sprach sich für Uebernahme des Consum-Spiritus durch eine Reichsverwaltung, zu einem nach Maßgabe der Herstellungskosten zu ermittelnden, die Lebensfähigkeit des Brennereigewerbes dauernd sichernden Preise aus. In der Versammlung wurde behauptet, daß eine Reform der Gesetzgebung in diesem Sinne bereits im Gange sei.

Berlin. Der Bund der Landwirthe wurde heute auf Tivoli unter gewaltigem Andrange der Landwirthe aus allen Theilen Deutschlands gegründet. Der Andrang war so groß, daß lange vor Eröffnung die Thüren des Saales geschlossen werden mußten und mitgetheilt wurde, daß noch der ersten noch eine zweite Versammlung stattfinden werde. Die Stimmung der Versammlung war von Anfang an eine äußerst lebhafte. Die Eröffnung geschah durch den Abg. v. Ploetz mit einem Hoch auf den Kaiser. Ruprecht-Mansern, mit stürmischem Jubel begrüßt, führte aus, daß man, um die Existenz der Landwirthschaft zu sichern, sich gegen Juden und Freisinn schützen müsse. Es gelte jetzt zu „thaten", nicht mehr zu rathen. Abg. Dr. v. Frege entwickelte die bedrohte Lage der Landwirthschaft. Es gelte fortan, jedem zu wählenden Abgeordneten die Frage vorzulegen, ob er für die Wehrhaftigkeit und Unabhängigkeit der deutschen Nation, für deutsche Sitte, für den Schutz der Landwirthschaft und den Bauernstand eintreten wolle. Wenn uns unser Kaiser nach Hause schicken sollte, so sorgen Sie dafür, daß Männer in den Reichstag kommen, die sich fernhalten vom großstädtischen Streberthum und Liebedienerei. (Langanhaltender Jubel und Beifall.) Der konservative Reichstagsabg. Großbauer Lutz brachte Grüße aus Bayern. Man solle das Andenken an den Fürsten Bismarck dadurch bewahrheiten, daß man sein Wort bethätige: „Wir ruhen nicht eher, als bis wir zu Dem wieder gekommen sind, was uns gebührt — zu unserem Recht." Graf Limburg-Stirum verspricht sich die schönsten Erfolge von der heutigen Kundgebung. Die Versammlung gebe den Volksvertretern einen kaum geahnten

Wund's gesetzlich geschützte Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Wund, Bankstr. 41 42. Trockenfütterung